



Niederschrift

39. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft

Sitzungstermin:	Donnerstag, 20.12.2007
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:15 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

Anwesend sind:

Herr Dr. Grittner, Wolfgang	DIE LINKE, KWG	
Herr Jäkel, Ralf	DIE LINKE	Sitzungsleitung
Herr Scharlock, Dieter	DIE LINKE	
Herr Dr. Schlomm, Herbert	DIE LINKE	
Herr Kirsch, Wolfhard	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Kapuste, Eberhard	CDU	
Herr Lehmann, Peter	CDU	
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Bündnis 90/Die Grünen	anwesend ab 18:12 (TOP 2)
Herr Arndt, Gerhard	BürgerBündnis/FDP	
Herr Becker, Hans	BV	
Herr Dörschel, Jens	Grüne/B90	
Herr Karl, Björn	Familien-Partei	
Herr Michalske, Hans-Peter	SPD	
Frau Mönchmeier, Silke	CDU	
Herr Rietz, Klaus	CDU	
Herr Schwarze, Wolfgang	DIE LINKE	anwesend bis 19:35 Uhr
Herr Siebenhaar, Horst	Seniorenbeirat	
Herr Vogel, Andreas	DIE LINKE	
Herr Walter, Andreas	BürgerBündnis/FDP	
Frau Müller, Elona Beigeordnete	Soziales, Jugend, Ge- sundheit	

Nicht anwesend sind:

Herr Utting, Brian	FAMILIEN-PARTEI	nicht anwesend
Frau Kirchner, Irene	Die Andere	entschuldigt
Herr Henning, Tino	DIE LINKE	nicht anwesend
Herr Tack, Thomas		nicht anwesend
Herr Witschak, Jirka	SPD	nicht anwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

- 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 15.11.2007
- 2 Mitteilungen der Verwaltung
- 3 Bericht zu DSD-Standorten in Potsdam
- 4 Geeignete Straßenräume für das Shared Space Konzept
- 5 Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Potsdam: öffentliche Auslegung des Entwurfes
Vorlage: 07/SVV/0948
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- Wiedervorlage -
- 6 Bäume im Volkspark
Vorlage: 07/SVV/0954
Fraktion Familien-Partei
- Wiedervorlage -
- 7 Einführung einer solaren Baupflicht für Neubauten
Vorlage: 07/SVV/0968
Fraktion Grüne/B90
- Wiedervorlage -
- 8 Rahmenvertrag Campus Am Jungfersee
Vorlage: 07/SVV/1047
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 9 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Ralf Jäkel. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 12 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

zu 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Dörschel bittet um Zurückstellung der Drucksache 07/SVV/0968 zum Tagesordnungspunkt 7 bis zur Beratung des Antrages durch den Werksausschuss des KIS.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 1.3 **Bestätigung des Protokolls vom 15.11.2007**

Herr Rietz bittet um folgende Ergänzung zum TOP 3.4:

„Nachdem durch die Ausführungen von Herrn Paffhausen geklärt war, dass die Stadt Potsdam auch für die Ortsteile Caputh und Geltow Aufgabenträger der Trinkwasserversorgung ist, wies Herr Rietz darauf hin, dass es im Rahmen einer gutnachbarlichen Zusammenarbeit sinnvoll wäre, deren Ortsbeiräte vor der Beschlussfassung der Trinkwassersatzung in die Diskussion einzubeziehen.“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

Dem korrigierten Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 **Mitteilungen der Verwaltung**

Luftreinhalte- und Aktionsplan

Herr Ernst informiert, dass der Landeshauptstadt Potsdam am 13.12.2007 offiziell durch das Umweltministerium das Beschlusspapier für den Luftreinhalte- und Aktionsplan überreicht wurde. Die Verwaltung setzt die Stadtverordnetenversammlung Anfang 2008 in Kenntnis.

Papierkörbe

Frau Müller informiert, dass die Analyse zur Erfassung aller Papierkörbe zum Antrag 07/SVV/0409 noch nicht abgeschlossen ist und der Bericht um einen Monat verschoben werden muss.

zu 3 **Bericht zu DSD-Standorten in Potsdam**

Herr Wiedemann gibt einen Bericht über die Standorte zur Erfassung von gebrauchten Verkaufsverpackungen aus Glas in der Landeshauptstadt Potsdam und bietet an, diesen allen Mitgliedern des Ausschusses als Anlage zum Protokoll zur Verfügung zu stellen.

Herr Walter fragt, ob es möglich ist, die Zahl der Unterflurcontainer zu erhöhen.

Frau Zierock erklärt, dass es aufgrund des sehr hohen Grundwasserspiegels in Potsdam in einigen Bereichen schwierig ist, Unterflurbehälter zu installieren. Da die Unterflurbehälter auch sehr teuer sind, kann die Landeshauptstadt Potsdam die Duales System Deutschland GmbH (DSD) nicht verpflichten, diese zu installieren.

Herr Wiedemann erklärt, dass eine Unterflurgestellung ca. 12.000 bis 15.000 Euro kostet.

Herr Lehmann hält es für ungünstig, dass die Entsorgung nur für zwei Jahre ausgeschrieben wurde, da hierdurch möglicherweise keine Investitionen in neue Container erfolgen.

Herr Wiedemann erklärt, dass diese Ausschreibung nicht durch die Landeshauptstadt Potsdam, sondern durch DSD erfolgt ist.

Herr Kirsch bittet um Information als Anlage zum Protokoll, auf welcher rechtlichen Grundlage es für die bestehenden Container keinen Bestandsschutz gibt.

Herr Jäkel bittet um Information als Anlage zum Protokoll mit Anregung, in welchem Bereich neue Standorte eingerichtet werden sollten.

zu 4 Geeignete Straßenräume für das Shared Space Konzept

Herr Kahle informiert anhand einer Power-Point-Präsentation über die Philosophie sowie die Möglichkeiten der Umsetzung.

Erkenntnisse aus Norrköping sind u.a.:

- Subjektives Sicherheitsgefühl bei Fußgängern und Radfahrern ist niedriger
- Erhöhung der Aufmerksamkeit bei allen.

Er erörtert die Ausschlusskriterien des MIR für die Pilotprojekte und informiert, dass in Potsdam 20 Standorte verwaltungsintern geprüft wurden. Folgende Standorte sollen vorgeschlagen werden:

- Friedrich-Ebert-Str./Brandenburger Straße
- Paul-Neumann-Str./Rosenstraße
- Friedrich-Ebert-Straße/Schlossstraße (Bereich der sich noch in Planung befindet)
- Fahrland, Ketziner Straße

Herr Jäkel bittet, die vier gezeigten Skizzen den Ausschussmitgliedern als Anlage zum Protokoll zur Verfügung zu stellen.

Herr Kirsch fragt, ob die für das Pilotprojekt vorgesehenen Bereiche auf Gestaltung mit Fördermitteln geprüft wurde.

Herr Kahle erklärt, dass sich die LHP mit dem Bereich vor der St. Peter und Paul Kirche bewerben möchte. Hierfür wurde der Einsatz von Fördermitteln geprüft.

Herr Schwarze weist darauf hin, dass derartige Situationen in diesem Bereich bereits während der Weihnachtsmarktzeit bestehen und größtenteils funktionieren. Er sieht aber grundsätzlich Probleme im Verhalten der Menschen.

Herr Kirsch bittet um Information als Anlage zum Protokoll, welche Fördermittel zurückzuzahlen sind.

Frau Dr. Lotz spricht sich für das Projekt aus.

Herr Mühlberg bittet zu prüfen, ob die Verkehrsbelastung in dem neu zu gestaltenden Bereich um den Alten Markt angemessen ist.

Herr Jäkel spricht sich für die weitere Belebung der Brandenburger Straße zum Bassinplatz hin aus.

Herr Lehmann empfiehlt, sich auf ein bis zwei sichere Standorte zu konzentrieren, die auch Chancen auf Förderung als Pilotprojekt haben.

Herr Kahle macht deutlich, dass in den bisher erprobten Standorten die Zahl der Unfälle stark zurückgegangen ist. Es wird aber auch eine gute Öffentlichkeitsarbeit benötigt.

zu 5 Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Potsdam: öffentliche Auslegung des Entwurfes
Vorlage: 07/SVV/0948

Herr Jäkel verweist auf den Änderungsantrag, den er in der letzten Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft eingebracht hat und erörtert die einzelnen Punkte seines Änderungsantrages.

Herr Lehmann bringt folgenden **Änderungsantrag** zur südlichen Erweiterung des GE-Riegels im Kirchsteigfeld ein:

Die bisher im FNP – südliches Kirchsteigfeld an der A 115 – ausgewiesene Grünfläche soll in GE Fläche umgewidmet werden.

Er macht dabei deutlich, dass seit der Fertigstellung der Baufelder im Kirchsteigfeld die ausgewiesene südliche GE-Fläche nicht entwickelt worden ist. Eine Verlängerung der jetzigen GE-Fläche in südliche Richtung bis zum Knoten Ortsumgehungsstraße Drewitz, alte Trebbiner Straße und Auf- und Abfahrt zur Autobahn könnte hier eine optimale Entwicklung sein.

Herr Kirsch spricht sich gegen den Punkt 5 des Änderungsantrages von Herrn Jäkel aus.

Herr Kapuste stellt fest, dass in Nedlitz zum überwiegenden Teil Grünfläche ausgewiesen ist. Hier ist aus seiner Sicht mehr Bebauung, als in der Vorlage erscheint.

Herr Kahle weist darauf hin, dass dies eine Frage der Darstellung ist. Er erklärt, dass Wohngebiete, die kleiner als 2 Hektar sind, hier nicht erkenntlich sind.

Herr Mühlberg weist darauf hin, dass es hier um eine Planung bis 2020 geht und macht deutlich, dass die Verkehrsplanung und Entwicklung auf so lange Sicht nicht vorauszusehen ist.

Herr Kirsch bittet um Aussage, ob es möglich wäre, die Fläche neben der Ausfahrt von der B 273 zum Friedrichspark zur Gewerbefläche dazuzunehmen.

Herr Kneidung erklärt, dass es sich anbieten würde, dies ggf. im Rahmen der Überarbeitung der verbindlichen Bauleitplanung vorzunehmen.

Herr Lehmann bittet um Abstimmung zu seinem Antrag:

Herr Jäkel schlägt vor, über die Punkte 1 bis 4 und den Punkt 5 seines Antrages gesondert abzustimmen.

Änderungsantrag von Herrn Jäkel – Punkte 1 - 4:

Der FNP ist wie folgt zu ändern:

1. Auf Seite 112, Abs. Fernbahn ist zu ergänzen, einfügen in Zeile 6:
Die Stadt Potsdam wird sich bemühen, die Einbindung der LH Potsdam in den Fernverkehr der Bahn in angemessenem Umfang wieder zu verbessern und diesbezüglich an die zuständigen Gremien herantragen.

2. Auf Seite 112; Abs. Regionalbahn ist zu ändern/ergänzen:
Der Regionalverkehr der Bahn hat – mit Ausnahme der „Wissenschaftsbahn“ (Golm – Griebnitzsee) – für den innerstädtischen Verkehr Potsdams nur eine eingeschränkte Bedeutung. Diese Bedeutung ist insbesondere durch Verdichtung des Angebotes zu erhöhen. Diesbezügliche Forderungen wird die Stadt Potsdam erneut an die zuständigen Gremien herantragen.

3. Auf Seite 120, Abs. ISES ist vollständig zu ändern:
Verkehrsplanerische Untersuchungen belegen, dass eine nennenswerte Entlastung der Potsdamer Innenstadt vom Kraftfahrzeugverkehr nur bei Realisierung eines zusätzlichen Havelüberganges erreicht werden kann. Hierfür war vor einigen Jahren eine Verlängerung der ISES von der Langen Brücke bis zur Zeppelinstraße in Erwägung gezogen worden. Aufgrund verschiedener wichtiger Gründe, u.a. Unverträglichkeit mit den Lebensbedingungen im dicht bewohnten Stadtteil um die Neustädter Havelbucht, Kiewitt, Zeppelinstraße und aufgrund verkehrlich und städtebaulich völlig ungeklärter Einmündungssituation im Bereich Zeppelinstraße/Nansenstraße wurde diese Überlegung nicht weiter als Planungsziel verfolgt. Diesbezügliche Veränderungssperren sind ausgelaufen und bewusst nicht weiter verlängert worden. Für die Bewältigung der Verkehrsströme werden andere Lösungsmöglichkeiten gesucht, die noch weiter zu vertiefen sind.

4. in der FNP-Planzeichnung ist zu ändern:
Die Verlängerung der ISES ist aus der Zeichnung zu entfernen. Der derzeit gültige Stand der Planzeichnung ist aus dem aktuellen FNP beizubehalten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 2

Dem Änderungsantrag wird zugestimmt.

Änderungsantrag von Herrn Jäkel – Punkt 5:

5. In der FNP-Planzeichnung ist zu ändern:
Die bisher im gültigen FNP eingetragene Grünfläche am Fuße des Brauhausberges vor der Schwimmhalle ist wieder in die Planzeichnung zu übernehmen. (gewerbliche Baufläche in Grünfläche zurückändern!)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 3
Stimmenthaltung: 3

Dem Änderungsantrag wird zugestimmt.

Änderungsantrag von Herrn Lehmann:

Die bisher im FNP – südliches Kirchsteigfeld an der A115 – ausgewiesene Grünfläche soll in GE-Fläche umgewidmet werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

Dem Änderungsantrag wird zugestimmt.

Änderungsantrag von Herrn Kirsch:

Die Grünfläche nordöstlich der B 273/Friedrichspark BAB-Auffahrt Marquardt ist als GE-Fläche auszuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 6

Stimmenthaltung: 0

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Geänderter Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Flächennutzungsplan /FNP) der Landeshauptstadt Potsdam wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.
Der gemäß § 7 Abs. 5 Brandenburgisches Naturschutzgesetz aufzustellende Landschaftsplan der Landeshauptstadt Potsdam wird als Abwägungsmaterial für den FNP öffentlich ausgelegt.
2. Ab Abschluss der Auslegung gilt der FNP-Entwurf als neue Grundlage für
 - die Entwicklung von Bebauungsplänen gemäß § 8 Abs. 3, Satz 2 BauGB,
 - die planungsrechtliche Zulässigkeit von Vorhaben im Außenbereich gemäß § 35 BauGB.

+ Änderungsanträge:

Der FNP ist wie folgt zu ändern:

Auf Seite 112, Abs. Fernbahn ist zu ergänzen, einfügen in Zeile 6:

Die Stadt Potsdam wird sich bemühen, die Einbindung der LH Potsdam in den Fernverkehr der Bahn in angemessenem Umfang wieder zu verbessern und diesbezüglich an die zuständigen Gremien herantragen.

Auf Seite 112; Abs. Regionalbahn ist zu ändern/ergänzen:

Der Regionalverkehr der Bahn hat – mit Ausnahme der „Wissenschaftsbahn“ (Golm – Griebnitzsee) – für den innerstädtischen Verkehr Potsdams nur eine eingeschränkte Bedeutung. Diese Bedeutung ist insbesondere durch Verdichtung des Angebotes zu erhöhen. Diesbezügliche Forderungen wird die Stadt Potsdam erneut an die zuständigen Gremien herantragen.

Auf Seite 120, Abs. ISES ist vollständig zu ändern:

Verkehrsplanerische Untersuchungen belegen, dass eine nennenswerte Entlastung der Potsdamer Innenstadt vom Kraftfahrzeugverkehr nur bei Realisierung eines zusätzlichen Havelüberganges erreicht werden kann. Hierfür war vor einigen Jahren eine Verlängerung der ISES von der Langen Brücke bis zur Zeppelinstraße in Erwägung gezogen worden. Aufgrund verschiedener wichtiger Gründe, u.a. Unverträglichkeit mit den Lebensbedingungen im dicht bewohnten Stadtteil um die Neustädter Havelbucht, Kiewitt, Zeppelinstraße und aufgrund verkehrlich und städtebaulich völlig ungeklärter Einmündungssituation im Bereich Zeppelinstraße/Nansenstraße wurde diese Überlegung nicht weiter als Planungsziel verfolgt. Diesbezügliche Veränderungssperren sind ausgelaufen und bewusst nicht weiter verlängert worden. Für die Bewältigung der Verkehrsströme werden andere Lösungsmöglichkeiten gesucht, die noch weiter zu vertiefen sind.

In der FNP-Planzeichnung ist zu ändern:

Die Verlängerung der ISES ist aus der Zeichnung zu entfernen. Der derzeit

gültige Stand der Planzeichnung ist aus dem aktuellen FNP beizubehalten.

In der FNP-Planzeichnung ist zu ändern:
Die bisher im gültigen FNP eingetragene Grünfläche am Fuße des Brauhaus-
berges vor der Schwimmhalle ist wieder in die Planzeichnung zu überneh-
men. (gewerbliche Baufläche in Grünfläche zurückändern!)

Die bisher im FNP – südliches Kirchsteigfeld an der A115 – ausgewiesene
Grünfläche soll in GE-Fläche umgewidmet werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 3

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt

zu 6 Bäume im Volkspark
Vorlage: 07/SVV/0954

Herr Karl erklärt, dass Herr Utting aufgrund seiner Abwesenheit in der heutigen
Sitzung um Vertagung der Drucksache bittet.

Herr Lehmann bittet um Abstimmung darüber, ob die Drucksache in der heutigen
Sitzung beraten werden soll, da die Vertagung nicht bei der Abstimmung zur Ta-
gesordnung beantragt wurde.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 4

Stimmenthaltung: 0

Die Drucksache wird vertagt.

zu 7 Einführung einer solaren Baupflicht für Neubauten
Vorlage: 07/SVV/0968

Die Drucksache wird vertagt.

zu 8 Rahmenvertrag Campus Am Jungfernsee
Vorlage: 07/SVV/1047

Frau Rademacher bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Herr Lehmann spricht sich für die Drucksache aus.

Frau Dr. Lotz fragt, ob die Beseitigung von Verunreinigungen auf dem Grund-
stück nach § 6 jetzt klarer geregelt ist.

Frau Rademacher erklärt, dass der Voreigentümer die Pflicht zur Reinigung hat.
Sie macht dabei deutlich, dass die Bodensanierungen so gut wie abgeschlossen
sind.

Herr Mühlberg stellt fest, dass der § 6 „Verunreinigungen“ zwei unterschiedliche Aussagen enthält. Da hier aus seiner Sicht die Kontamination des Bodens und des Grundwassers vorliegt und beides nicht behoben ist, sollte der Punkt 6.2 gestrichen werden.

Zum § 8 „Äußere Erschließung“ merkt er an, dass die Einbindung des Straßennetzes bei ausreichender Siedlungsfläche relativ unkonkret ist. Hier sollte die Formulierung konkreter gefasst sein, um einen Rechtsstreit mit dem Investor zu vermeiden.

Frau Rademacher nimmt die Anregung zu § 8 mit auf.

Bezüglich der Anmerkungen zum § 6 Punkt 6.2 macht sie deutlich, dass im Rahmen der Vertragsprüfung großes Augenmerk darauf gelegt worden ist.

Herr Mühlberg bittet um Bericht zum aktuellen Stand der Beseitigung der Kontamination in einer der nächsten Sitzungen des OUL-Ausschusses.

Er weist darauf hin, dass hier eine Kostenübernahmeerklärung sehr teuer werden kann.

Frau Rademacher sagt den Sachstandsbericht zu.

Herr Jäkel schlägt vor, den Sachstandsbericht in die Tagesordnung der Februarsitzung des Ausschusses aufzunehmen.

Herr Dr. Schlomm hält die Art der Bebauung für ungünstig. Ihm erscheint hier auch die Verlängerung der Straßenbahnlinie für unnötig.

Er spricht sich gegen die Drucksache aus.

Herr Kirsch bittet darum, dass der Sachstandsbericht in der Januar-Sitzung gegeben wird, um diesen noch von der nächsten Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis zu bekommen.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Rahmenvertrag über die Entwicklung des Geländes der ehemaligen Nedlitzer Kasernen im Entwicklungsbereich Bornstedter Feld zwischen der Landeshauptstadt Potsdam, der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH und der Objektgesellschaft Campus Am Jungfernsee GmbH & Co. KG.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 1

Stimmhaltung: 2

Dem Antrag wird zugestimmt.

zu 9

Sonstiges

**Nächster Ausschuss für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft:
24. Januar 2008; 18:00 Uhr im Raum 3.025 des Stadthauses**

Ralf Jäkel
Ausschussvorsitzender

Martina Spyra
Ausschussbetreuerin